

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 188.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 23. April 1913.

Belegpreis für Halle und Verone 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für den Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratz-Beleggen: Halle'scher Courrier (Mg. Freitagsteil), M. Unterhaltungsblatt (Sonntagsteil), Smdo, Württemberg, Münchener Wochenblatt, Sächsische Wochenblätter, Kinderblätter (für die junge Welt).

Belegpreis für die telegraphische Kolonien oder beim Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, außerdem 30 Pfennig. — Neftamen am Schluß des reaktionären Zeits die Seite 100 Pfennig. Eingelagerte bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Verkaufsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Nebentelefon 8110. Ueberschreiber: Dr. Straaser-Neidberg, Halle (Saale).

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Südost Nr. 6230. Druck und Verlag von Otto Grottel, Halle (Saale).

Deutsch-Französisches.

Zahrgangselong hat die deutsche Politik und hat das deutsche Volk ehrlich und unermüdet um die Ver- sähnung mit Frankreich sich bemüht. Abneigung hat auf unserer Seite eigentlich nie bestanden — ja, es gibt kein Volk, mit dem wir uns so gerne gut vertragen würden, wie das französische. Eine Zeitung hatte es auch den Anschein, als ob diesen Bemühungen ein gewisser Erfolg beschieden sein sollte, bis dann die

Marokkofrage

fam. Von der Reise des Kaisers nach Tanger datiert die Wiederberstärkung der Stimmung in Frankreich, der „Wantherprung“ nach Agadir hat ganz entgegen den Wünschen seines Urheberes diese neue Entfremdung in ein akutes und fast kritisches Stadium gebracht. Diese Entfremdung eines Kriegsschiffes an die Südküste von Marokko sollte ja eigentlich nur eine Verhärterung, eine Art „Notabene“ sein und die Notwendigkeit einer freundschaftlichen Verständigung auch den minderen Schärffinnigen und den minder billigen Denkenden klar machen. Für die französische Volkseele ist aber diese einleitende Verhärterung die Sanktion der Sache geworden. Man tut so und hat es sich schließlich selber eingeleitet, als ob man mit einer plötzlichen Vergewaltigung durch Deutschland rechnen müßte. Und seitdem steht

die Stimmung in Frankreich

ganz und gar unter dem Zeichen dieser vermeintlichen Gefahr, zum großen Wohlgefallen der unverbesserten Rebanepolitik und der kriegslustigen Militärs. Unter den Motiven für die neue deutsche Wehrvorlage steht diese innere Entfremdung nicht an erster Stelle, aber der Reichskanzler hat sie in seiner großen Rede vom 7. April ausdrücklich mitverwendet, und trotz aller Darlegungen über die Verjährung der Machtverhältnisse in europäischen Kriegen hält auch bei uns die öffentliche Meinung daran fest, daß die Stimmung in Frankreich nicht eine Nebenursache, sondern in Wirklichkeit das eigentlich treibende Moment bei der

Seeerklärungen

sei. Ganz selbstverständlich ist, daß man die Sache in Frankreich so aufgefaßt hat. In den Gründen, mit denen dort die Notwendigkeit der Wiederreinführung der dreijährigen Dienstzeit belegt wird, ist von etwas anderem, als von Deutschland, überhaupt nicht die Rede. Die Befremdung in den Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten ist also nicht nur unterdrückt, sondern in ihr Gegenteil verkehrt; wir sind geradezu um Jahrzehnte zurückgeworfen. Mit dieser Lastade haben wir uns im Bewußtsein unserer friedlichen Stimmung und unserer Kraft ruhig abzufinden. Das ist nun leider in peinlicher Weise erschwert worden durch die

zwei Zwischenfälle

der letzten Wochen: durch die unfeindliche Landung eines von der Abnahme stehenden, aber noch unter bürgerlicher Führung sich befindenden Zeppelin-Luftschiffes in Lunéville am 3. April und dann durch die bähischen Szenen in Nancy in der Nacht vom 13. auf den 14. April. Beide haben die Gemüter hitzen und drüben mächtig erregt. Der Zeppelin-Zwischenfall hatte anheimelnd mit der verhältnismäßig raschen Freilassung des Luftschiffes eine glatte Lösung gefunden, die einen Dank der deutschen Regierung an die französische zu rechtfertigen schien und deshalb eher zu einer Milderung der Spannung beitragen vermag. Nachher hat sich freilich herausgestellt, daß zu jener Landung kaum ein Grund vorlag, oder daß jedenfalls die Beweiskerna von Lunéville einseitig des beteiligten Militärs keinen Anbruch darauf hatte, daß die unfeindlichen deutschen Gäste nicht nur als Gegner, sondern als Gegner nicht einmala anständig behandelt worden waren. Diese Erkenntnis hinterläßt natürlich einen bitteren Beigeschmack. Es wäre ja besser gewesen, wenn man die Wahrheit (vergl. den Artikel hierunter) sofort erfahren hätte, und es bleibt unangenehm, wie der Luftschiffbau Zeppelin vertrieben lassen konnte, das Luftschiff sei in Lunéville als deutscher Boden rekrutiert worden. Und nun der Zwischenfall von Nancy. Auch hier hat die Pariser Regierung leidlich korrekt gehandelt, und für die allerdings ganz unbefriedigbaren und unentscheidbaren Notizen der Pariser Bevölkerung diejenige Remedur geschaffen, die man erwarten durfte. Aber statt sich nun in der Welle weiter zu schämen, wirt man sich in die Brust und bewundert sich selber wegen der Bornehmheit und der Grazie, mit der man dergleichen Dinge in Frankreich aus der Welt schafft. Gerade diese Erfahrungen stimmen die Erwartungen für eine erneute Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen stark herab. Nebenfalls aber wird man aus den Vorkommnissen der letzten Wochen das Eine zu lernen haben, daß die Stimmung in den französischen Grenzgebieten nachdrade einen

bedenklichen Grad von Schärfe

erreicht hat. Also nicht ohne Not über die Grenze laufen!

B. R.

Die Aufnahme des „3. 4“ in Lunéville.

Der eben erschienene ausführliche Bericht des Kapitän's Glund, des Führers des Luftschiffes „3. 4“, das unangelt zu einer Landung in Lunéville gezwungen war, schafft endlich Klarheit über die Aufnahme des Luftschiffes und seiner Insassen auf dem sächsischen Boden, nachdem in ganz unverständlicher Weise die tatsächlichen Vorgänge bisher verfaßt worden sind. Aus der Einzelheiten des Berichtes ist zu entnehmen, daß sofort nach der Landung Hauptmann George als Präses der Abnahmekommission sich beim Divisionskommandanten Rasco meldete, die Gründe der Landung erklärte und hat, sofort mit der deutschen Botschaft in Paris in Verbindung treten zu dürfen. Letzteres wurde bis nach eingeholter Erlaubnis der Zivilbehörde in Nancy verlagert. Darauf wurde das Luftschiff von einer militärischen Kommission auf Spionageverhaft durchsucht, und zwar nicht nur sämtliche Papiere, sondern auch das ganze Schiff. Die verschlossene Funkenkabine wurde trotz Protestes erbrochen und untersucht. Die Hindernisse wurden aus den Motoren herausgeschraubt und dadurch das Schiff manövriertfähig gemacht. Das Luftschiff wurde militärisch abgeperrt und ein Drahtzaun herumgezogen. Erst gegen 5 Uhr wurde die um 1/3 Uhr gehäufte Visite, mit der Botschaft in Verbindung zu treten, erlaubt. Oberleutnant Brandeis, der die Telegramme aufgab, wurde unterwegs im Automobil mit dem Bürgermeister von Lunéville von der Menge inuliert, mit Steinen beworfen und das Automobil mit Knütteln bearbeitet. Gegen 7 Uhr abends lud der General die Offiziere und den Führer zum Abendessen im Kasino ein; jedoch wurde diese Einladung abgelehnt mit der Begründung, daß sie beim Schiff bleiben müßten. Das Essen wurde dann für die vier Herren auf den Platz gebracht. Vorher hatte der General dem Führer erklärt, daß seine Soldaten nicht dazu da seien, das Schiff festzuhalten, er solle dafür sorgen, daß er baldmöglichst Arbeiter befame. Von dem Bürgermeister der Stadt Lunéville wurden darauf 150 Arbeiter gestellt zu 5 Francs für die Nacht, um das Schiff zu halten und die Soldaten abzulösen. Die Mannschaft des Luftschiffes war unterdessen unter steter Belästigung der Soldaten beschäftigt, die Sbarie am Sed des Schiffes zu reparieren. Während der ganzen Zeit liefen beständig Offiziere und Zivilisten, die die Erlaubnis von der Militärbehörde befamen, durch das Schiff trotz Protestes des Führers und der Mannschaft. Die Franzosen gebärdeten sich, als wenn das Schiff nicht deutscher Grund und Boden sei, sondern ihnen gehöre. Als der Führer und die Mannschaft gegen 7 1/2 Uhr das Schiff wieder betreten wollten, um Vorkorungen für die Nacht zu treffen und die Waage im Schiff zu übernehmen, wurden sie von den vier Posten mit aufgeschlagenem Seitengewehr vom Schiff zurückgestoßen und dem Abendessen, daß sie nichts im Schiff verloren hätten. Während der ganzen Nacht bis zum Morgen 7 Uhr mußten sich Führer und Mannschaft außerhalb des Luftschiffes aufhalten, durften nicht ans Schiff herangehen, auch nicht das Schiff betreten, durften auch nicht die Verankerung kontrollieren, sondern wurden beständig durch die Wachtposten mit aufgeschlagenem Seitengewehr zurückgedrückt. Die Arbeiter verlusten in jeder Weite das Schiff sichtlich zu beschädigen, folgten den Anweisungen des Führers in keiner Weite, und die Offiziere erklärten auf Weisung fortwährend, daß sie über die Arbeiter keine Gewalt hätten. Gegen 5 Uhr morgens, als die Lage des Schiffes kritisch wurde, verlangte der Führer sofortige Verbindung mit dem deutschen Botschafter. Es wurde abgelehnt mit dem Bemerken, daß erst der General gefragt werden müßte. Gegen 6 Uhr letzte der Führer ein an die deutsche Botschaft gerichtetes Telegramm auf, welches lautete: „Witten dringend Formalkriterien beschleunigen, da sonst für Weiterfahrt keine Garantie. Erbitten sofort Reichsdruck. Glund, Führer des Zeppelinluftschiffes.“ Dieses Telegramm wurde mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß es nicht abgedruckt werden dürfe, bevor der General da sei. Während der Nacht verlusten die Offiziere ein gegenüberliegendes Kaffeehaus zu erreichen unter dem Schutze eines Unteroffiziers, um etwas zu genießen und für die Mannschaft Essen zu bestellen; dies war unmöglich, da sich die Bevölkerung sehr feindlich verhielt. Niemand durfte sich in die Mannschaft begeben, ja nichts zu essen und die Mannschaft bekam nur Verflügung gestellt, die in die Kabine des Luftschiffes getorfen wurden, doch der Befahrung wurde nicht gestattet, das Schiff zu betreten, also hatten die wollenen Decken auch keinen Wert. Offiziere und Bedienung haben während der ganzen 24 Stunden Nacht und Tag auf dem Plage stehen müssen.

Deutsches Reich.

Landung zweier deutscher Fliegeroffiziere in Frankreich. Wie schon zuvor gemeldet, sind Hauptmann von Dewall und Leutnant v. Pirbach, die am Dienstag in Darmstadt zu einem Flug nach Mesau-

flogen, von der Richtung abgenommen und in Arcacourt in Frankreich, wenige Kilometer von der Grenze, gelandet. Infolge der von den französischen Zivil- und Militärbehörden sofort geführten Untersuchung ist die französische Regierung benachrichtigt worden, daß anerkannt worden sei, die deutschen Offiziere seien durch die Hände höherer Gewalt zur Landung mit ihrem Zeppelin gezwungen worden. Infolge dieser Bestimmung ist den Luftschiffen die Erlaubnis erteilt worden, wieder abzufahren. Sie haben Arcacourt um 5 Uhr auf dem Luftwege verlassen. Vor ihrer Abreise haben die deutschen Offiziere, als sie den Zweifeder bestiegen, darauf gehalten, dem Unterrichten von Lunéville für seine Höflichkeit und für die Maßnahmen zu danken, welche er zum Schutze ihres Flugzeuges getroffen hatte. Sie beauftragten ihn außerdem, der französischen Regierung ihren Dank auszudrücken. Der Zweifeder krieg auf, ohne daß irgend eine Kundgebung der immerhin sehr zahlreich angeammelten Menge stattgefunden hätte. Um 7 Uhr abends trafen beide Offiziere bei der Metzter Fliegerstation ein.

Die „Agence Havas“ schreibt amtlich: Institutionen sind an unsere Botschafter in Berlin gefandt worden, durch die er aufgefördert wird, die ganze Aufmerksamkeit der Kaiserlichen Regierung auf die wiederholten Landungen von deutschen Ballons und Zeppelin in Frankreich nahe der Grenze hingulen und auf die ersten Inzugstragigkeiten, die aus diesen bedauerlichen Zwischenfällen entstehen könnten. Cambon ist beauftragt worden, die deutsche Reichsregierung zu eruchen, Maßnahmen zu treffen, um Wiederholungen derartiger Ereignisse zu vermeiden. Im übrigen sind Befragungen eingeleitet worden zwischen den beiden Regierungen, um so schnell wie möglich zu einem Uebereinkommen zu gelangen zur Festlegung der Regeln, die bei den Schmierigkeiten anzuwenden sind, die zwischen den Regierungen infolge der Luftschiffahrt entstehen könnten.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, sind wegen der verschiedenen Fälle von Landungen deutscher Luftschiffe in Frankreich der Grenzschutz bereits von der deutschen Regierung in Belgien eingeleitet worden, um solche Vorkommnisse künftig zu verhindern. Mit der französischen Regierung sind Befragungen im Gange, die die Schaffung eines Abkommens zur Regelung der Luftschiffahrt bezwecken.

Keinere politische Nachrichten.

* Die Kaiserlichen Majestäten machten Dienstag nachmittag von Gomburg nach B. S. aus. Die Umkleekabinen nach dem Feldberg. Abends fand bei den Majestäten aus Anlaß des Geburtstages der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen Tafel statt, an der Prinz und Prinzessin Friedrich Karl mit ihren drei Prinzessinnen Friedrich Wilhelm, Christoph und Richard sowie ferner Erbsprinz und Erbsprinzessin von Baden-Baden teilnahmen. Außerdem waren der Oberst und einige Offiziere des Kaiser-Regiments von Gersdorff (Märkisches) Nr. 80, dessen Chef Prinzessin Friedrich Karl ist, geladen.

* Die Fahrt des Kaisers auf dem „Imperator“ ist verschoben worden.

Finanzminister Dr. Reute und Gemahlin hatten zu Dienstagabend zahlreiche Einladungen zu einer parlamentarischen Gesellschaft erlassen. Von 9 Uhr abends füllten sich die ausgedehnten Gesellschaftsräume des Ministeriums mit zahlreichen Gästen, die sich erst gegen Mitternacht mit dem besten Einverständnis von der bevorstehenden Gastlichkeit dieses Hauses trennten.

* Die Budgetkommission des Reichstages nahm die Resolution des Zentrums: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu eruchen, zur Prüfung der gesamten Militärsysteme für Reichswehr und Marine eine Kommission zu berufen, zu der vom Reichstage zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige auszuwählen. Der Reichskanzler wird erucht, den Bericht der Kommission den abgelehnten Körperschaften mit Vorschlägen zur Vereinfachung etwaiger Mißstände mitzuteilen“, mit allen gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei an. Weiter lehnte man den Antrag des Berliner Grundstücks Viktorstraße 34 als Dienst- und Dienstwohngebäude für das Kriegsministerium (Militärkabinett) sowie des Grundstücks Wilhelmstraße 78 mit allen gegen drei Stimmen der Konservativen ab.

* Die „Norddeutsche Allgemeine“ gegen die „Welt“. Die „W. Z.“ schreibt: Wir finden in einem deutschen Blatte, in der „Welt“, aus Anlaß der Ranche Branage besühmende Ausfälle gegen das französische Volk im allgemeinen. Derartige Ausfälle verstoßen gegen echten Patriotismus und mehr derartige Bestätigung. Sie liefern dem Ausland, zu Unrecht beauftragt, den Vorwand, eigene chauvinistische Treibereien mit deutschen Maßlosigkeiten gleicher Art zu entschuldigen. Im Interesse des Friedens und der Würde des deutschen Volkes, den sie kompromittieren, auf eine derartige Sprache, als eines hochgebildeten Volkes unzulässig, ersuchen wir die Redaktion, sich zu enthalten.

* Bei der Reichstagserversammlung für den Präsidenten Schäfer in Barmbe wurde Kompremier Reich (Zentrum) mit überlegener Mehrheit gewählt.

Ausland.

Der Krieg auf dem Balkan.

Ueber die Situation vor Sufari schreibt die „Wiener Allgemeine Ztg.“: Der Generalstabschef von Sufari ist von der montenegrinischen Seeerleuchtung

Gerichtssaal.

Schlichtiges Laboratort. Das Reichsgericht zu Leipzig hat die Revision des Reichsanwalters Franz C. P. P., der im Schourgericht Breslau am 7. März zum Tode verurteilt worden ist, weil er in der Nacht vom 16. Januar d. J. in Breslau seine Ehefrau ermordet hatte.

Letzte Telegramme.

Gefährlicher Einbrecher festgenommen.
Berlin, 23. April. Einer der gefährlichsten Einbrecher Berlins, der wiederholt, wenn er festgenommen wurde, eine Revolte ausbrachte, um ins Lazarett zu kommen und aus ihm leichter auszubrechen, ist in Liegnitz verhaftet worden. Es handelt sich um den Schlosser Bruno Müller, der bei seiner letzten Verhaftung im Januar vorigen Jahres sich Müller Otto Wesen nannte. Ein Gelehrter vom Signaturversteher.

Hinterbühne (Kurz). 23. April. Ein achtzigjähriger Gelehrter wurde, als er eine Zigarette rauchte über die Zunge geleitet hatte, durch fünf Schüsse niedergestreckt und schwer verletzt. Die Zigarette entzündete seine verätzte Wunde.

Seine verätzte Wunde.
Mainz, 23. April. Die Nachricht, daß die letzten Prostitutionen die Weinrente am Mittelrhein vollständig vernichtet hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Am Mittelrhein hat der Frost kaum ein Fünftel der voraussichtlich großen Ernte vernichtet. Im Zusammenhang mit dem Weinrentenverlust sind Prostitutionen fast nichts bemerkt worden.

Ausland besetzt ausländische Rohstoffe.
Petersburg, 23. April. Der Minister hat zum ersten Male die Genehmigung erteilt, daß für Zwecke der russischen Eisenbahnen Steinkohlen im Auslande und zwar 12 Millionen Rub angekauft werden.

Kurorte und Reisen.

Die Vogeley, jene mächtige Bergwelt, welche die Grenzmarken bildet zwischen Ostpreußen und Preußen ist eine der schönsten und zugleich interessantesten der deutschen Gebirge. Reiche Felsen und Kalktallen in der Ebene, Reben in unerschöpflicher Ausdehnung an den Hängen, ein prächtiger Hochwald von Buchen, Buchen und Eichen, stille Berge und hochragende Gipfel stellen diesem wilden Gebirgszug mit teilweise alpiner Charakter einen Reiz von seltener Mannigfaltigkeit. Die Vogeley, schöne erstarbte Höhlen und Grotten zeigen von der besten Vergangenheit des Landes. Herborgerort weist die einzige Reste Schönbühlsburg, das Wahrzeichen deutscher Ritterbesitzung im Westen Deutschlands, das seine Wiedergeburt dem Staatssinn des Reiches zu danken hat. Die Bevölkerung ist eine durchaus friedliebende und in gleichem Maße die Vogeleywelt selbst, betriebsam, in der Natur, welche Nationalität sich angehöret, einen recht angenehmen Aufenthalt zu bieten. Ausführendes Projektmaterial wird kostenlos verhandelt durch das Internationale Verkehrsbüro in Berlin, unter den Linden Nr. 14 und den Verband der Eisenbahningenieurvereine in Strohburg 1. G. Hof, Weienagen Nr. 1.

Börsen- und Handelsteil.

Reue Lohnbewegung im sächsischen Steinkohlenrevier?
Der bergliche Bergarbeiterstreik in Belgien scheint auch die Streikliste in den heimischen Kohlenindustriebezirken werden zu müssen. Nachdem erst kürzlich in der Niederlausitzer Bergarbeitervereinigungen sich mit der Kohnfrage beschäftigt haben, muß es jetzt bereits in dem 3. und 4. Quartal die Kohlenarbeiter in S. haben in den letzten Tagen in Planung der Zwischenzeit einen reinen Bergarbeiterstreik, Gewerkschaftsvereinigungen statt gefunden, in denen über kommende Lohnkämpfe debattiert werden ist. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß diese Vereinbarungen den Anfang zu neuen Lohnbewegungen geben werden. Die Bergwerke, die der letzte Bergarbeiterstreik dem sächsischen Steinkohlenrevier einbrachte hat, scheint man auf irgend eine Weise wieder gut machen zu wollen. Diesem Streiken kommen aber einzelne Werke zuvor, indem sie freiwillig Lohnerhöhungen vom 1. Mai und 1. Juni ab und die Einführung der Achtstundentage in Aussicht stellen. Im übrigen haben den Werken jetzt auch die Anspannungszellen aus und die sich in freier Bewegung zum sozialdemokratischen Bergbau und die sich im freieren Geistes zum sozialdemokratischen Bergbau anbahnen stellen. Der Versuch der christlichen Gewerkschaften nach dem letzten Streik, Zahlstellen für ihren Gewerkschaften zu errichten, ist nicht gelungen.

Mitteldeutscher Braunkohlenmarkt im März 1913.
Der Braunkohlemarkt hat im März den Deutschen Braunkohlenindustrie-Berichte, einnehmen unter über die Lage des mitteldeutschen Braunkohlenmarktes im März folgendes: Die für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wenig günstige Marktlage, über die bereits für den Vormonat berichtet wurde, hat im März keine wesentliche Änderung erfahren. Obwohl in der ersten Hälfte des Monats ein Rückgang der Abnahme im allgemeinen zu verzeichnen ist, so ist doch der Absatz im allgemeinen durch das weitere Anhalten der milden Witterung nachteilig beeinflusst worden. So bewegte sich auch das Absatzgeschäft in der ersten Hälfte in mäßigen Grenzen. Der Ausgang in den sonstigen Produkten der Braunkohlenindustrie gestaltete sich teilweise weniger ungünstig. In der Berichtzeit wurde insbesondere fest in allen Bezirken über Arbeitermangel geklagt. Lohnbedingungen sind verschiedentlich borgenommen worden.

Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften.
17. Auflage, 1912/13. Band 2. Preis geb. 24 M. Verlag für Völkern und Finanzliteratur, W. G. Berlin W. 35. Mit dem vorliegenden zweiten Band ist die 17. Auflage dieses feiner Ausführenden und zuverlässigen wegen in allen Arten und Bundeskreisen des Inn- und Auslandes bestens eingeführten Nachschlagewerkes. Obwohl sich auch diesmal das zu bearbeitende Material durch das Hinwegfallen von den in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres erfolgten Neuerrichtungen vermehrt, genügt es hier der Band wiederum von breitem Interesse und unverlässlicher Berechtigung. Das Handbuch hat seinen Zweck, dem Kenner sowohl wie auch dem Privatkapitalisten und Anfuhrstellen über die Verhältnisse sämtlicher Aktienunternehmungen im Deutschen Reich genaue Aufklärung zu geben, glänzend erfüllt.

Kollektion in London.
Die Kollektion eröffnet am Dienstag, den 22. April, bei allgemeiner reger Beteiligung, namentlich seitens des Inlandes und des Kontinents, zu unterbreiten Preisen. Es herrschte überhört lebhafter Wettbewerb, woran besonders inländische Käufer beteiligt waren. Da sich die Abgeber vielfach reservierter gehalten, dürfte das gesamte verlässliche Quantum kaum aus nur annähernd zum Verkauf angeboten werden. Der Anfang der angebotenen Waren betrug 12,400, wovon 500 Ballen zurückgezogen wurden.

Am Pfingstmontag, den 10. Mai, fällt die Berliner Börseverammlung aus.
Bei der Jungabfertigung des Braunkohlenwerkes „Gildauf“, die auf Antrag des Konsumbureauverwalters mit 24 M. Markt Verbindlichkeit in Zahlungsmitteln getätigt werden soll, hat die Kommission für die Braunkohlenindustrie in der Sitzung vom 10. März d. J. beschlossen, auf die Zahlung der 24 M. Markt Verbindlichkeit abzugeben, sondern nur auf das Zahlungsmittel: Maschinen über Lage und Gleisamtliche. Die Maschinenfirma Max Grasmeyer erhielt mit 21,700 M. den Zuschlag darauf.

Preisbewegungen für Holzfabrikate. Die Holzwarenfabrik „Mercur“, W. G. Berlin, hat die Verkaufspreise für Holzfabrikate um 5 Prozent erhöht. Den gleichen Prozentsatz haben die Holzwarenfabriken in den anderen Bezirken der Provinz ebenfalls um 5 Prozent erhöht. Die Holzwarenfabriken in den anderen Bezirken der Provinz haben ebenfalls um 5 Prozent erhöht.

Preisbewegungen in Weizen. Die anhaltende gute Kaufkraft, die am Weltmarkt für Weizen herrscht und namentlich von Spanien, Frankreich, Italien und den anderen Mittelmeerländern geteilt wird, wirkt auch in der Berliner Probenbörse auf Weizen, besonders für Mai, preissteigernd. Die großen, nach dem Rhein und nach Nordamerika und Hamburg schiffenden Mengen des Weizens werden dadurch abgelehnt, zumal die Länder bessere Preise zahlen. Da noch zur Andienung für Mai Ware gebraucht wird, so liegt Weizen um 2 Mark für Mai, Juniweizen gewann 1 1/2 Mark.

Abin-Neuener Bergwerksverein in Altentessen. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahre 1912/13 einen Bruttoertrag von 6,988,174 M. und einen Nettogewinn von 3,740,000 M. Die Bruttoförderung des alten Abin-Bergwerksbetriebs in Höhe von 981,200 Tonnen überstieg die des Vorjahres um 138,580 Tonnen. Die Neuener Schächte förderten 781,219 Tonnen, das sind 61,886 Tonnen mehr als im Vorjahre. Ingesamt betrug die Bruttoförderung im Jahre 1912/13 7,769,393 Tonnen, das sind 1,787,989 Tonnen mehr als im Vorjahre. Der Bruttoertrag betrug 6,988,174 M., das sind 1,787,989 M. mehr als im Vorjahre. Der Nettogewinn betrug 3,740,000 M., das sind 1,787,989 M. mehr als im Vorjahre. Der Nettogewinn betrug 3,740,000 M., das sind 1,787,989 M. mehr als im Vorjahre.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Weizenmarkt. (Kant.)	Notierungen.)	Berlin 22. April.
Weizen (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Weizen (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Weizen (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206

Wollwaren.

Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206

Wollwaren.

Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206

Wollwaren.

Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206

Wollwaren.

Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206
Wollwaren (Normalgew. 712 g.)	rot (1000 kg) 200-206	rot (1000 kg) 200-206

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Notizen. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April. 23. April. Notizen für den 23. April.

Bank für Handel und Industrie

(Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S. Aktienkapital und Reserven: 182 Millionen Mark.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. April 1913.

Am Bundesratsstische: Kriegsminister v. Heeringen, die Staatssekretäre Rubin und Dr. Solf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 8 Minuten.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. G. G. G. (Fortf. Rpt.) betreffend Erordnung des deutschen Reichsangehörigen Kap in Santa Cruz antwortete:

Wirtschaftlicher Legationsrat Dr. Penke: Die Gesundheitsfrage in Mexiko hat ohne weiteres die erforderlichen Schritte bei der mexikanischen Regierung angeregt, das Auswärtige Amt hat die Gesundheitsfrage telegraphisch angewiesen, auch weiterhin mit Nachdruck auf die Durchführung des Strafverfahrens bei der mexikanischen Regierung hinzuwirken.

Der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling erscheint am Bundesratsstische.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortf. Rpt.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden. Die Klagen der technischen Beamten wollen immer noch nicht verstummen.

Abg. Behrens (Fortf. Rpt.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell. In dem von Dr. Müller-Meinungen erwähnten Falle war die Bezahlung, das Schmiergeld gezahlt worden, völlig verfehlt.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu. Dem Gedanken der Pensionisten für die Arbeiter steht ein Impulsgefühl gegenüber.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwehreinrichtungen belegen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere. Das die Militärverwaltung gewisse politische Vereine subventioniert, wundert uns nicht.

Generalleutnant Wandel: Die Rechte der Arbeiterausstufung müssen gewährleistet, und die Gehälter für jede Kleinigkeit vermindert werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. Rpt.): Die Beschäftigten, mit der ich gegen die Unterfertigung des Handwerkerbundes Stellung genommen habe, sind bereit; denn in der Budgetkommission hat General Wandel gesagt, jeder nationale Verein, der nicht beabsichtigt, Opposition zu treiben, erhalte eine solche Zulage.

Generalleutnant Wandel: Wir lassen alle Organisationen zu, wenn sie sich nicht friedensstörend betätigen. Wir haben hinsichtlich der Unterfertigung dieser Vereine seit Jahren mit dem Rechnungshof verhandelt, und dieser hat gegen die Verwendung dieser Mittel nichts einzuwenden gehabt.

Abg. Bremer (Soz.): Was geschieht mit den Strafgefangenen in der Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Abg. Schwarze-Vupstadt (Zentr.): Mit den Arbeiterausstufungen ist man in den technischen Instituten wenig zufrieden.

Generalleutnant Wandel: Bei den Technikern wie bei den Maschinenbauern sind hinsichtlich der Anstellungen- und Gehaltsverhältnisse Verbesserungen eingetreten.

Abg. v. Graefe-Gültrow (Deutschl.): Ich behauere, daß kürzlich Angriffe gegen Regierungskreise, insbesondere den Kriegsminister, in Zeitungen aus angeblich militärischen Kreisen in so scharfer Form erhoben worden sind.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortf. Rpt.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden.

Abg. Behrens (Fortf. Rpt.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell. In dem von Dr. Müller-Meinungen erwähnten Falle war die Bezahlung, das Schmiergeld gezahlt worden, völlig verfehlt.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwehreinrichtungen belegen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere.

Generalleutnant Wandel: Die Rechte der Arbeiterausstufung müssen gewährleistet, und die Gehälter für jede Kleinigkeit vermindert werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. Rpt.): Die Beschäftigten, mit der ich gegen die Unterfertigung des Handwerkerbundes Stellung genommen habe, sind bereit; denn in der Budgetkommission hat General Wandel gesagt, jeder nationale Verein, der nicht beabsichtigt, Opposition zu treiben, erhalte eine solche Zulage.

Generalleutnant Wandel: Wir lassen alle Organisationen zu, wenn sie sich nicht friedensstörend betätigen. Wir haben hinsichtlich der Unterfertigung dieser Vereine seit Jahren mit dem Rechnungshof verhandelt, und dieser hat gegen die Verwendung dieser Mittel nichts einzuwenden gehabt.

Abg. Bremer (Soz.): Was geschieht mit den Strafgefangenen in der Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichspol.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Auf Antrag des Abg. Schmeißer und um Agitationsmittel in politischer Beziehung handelt, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Die Militärverwaltung hat, als sie die Summen bewilligte, keine Rücksicht auf die politische Haltung dieses Vereins genommen.

Generalleutnant Wandel: Die Strafgefangenen fliehen in die Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Wesprengen und Vosen (Stammenvorlage) in Verbindung mit der Beratung der Denkschrift des Jahres 1912 über die Ausfertigung der Anstellungsgesetze.

Abg. v. Krosigk (Rechtspol.): Die Anstellungsgesetze sind in den überlegenen politischen Kreisen der Provinzen den deutschen Bundes- und Gemeindefunktionären, namentlich in den Reichstagen, wirtschaftlich zu fassen, insbesondere durch 1. bestmögliche Befriedigung der Umgebung der Städte mit deutschen Bauern und Arbeitern, 2. Förderung des Realverkehrs auch über die Grenze der Münderlichkeit hinaus, 3. bessere Ausbildung der Gewerbetreibenden in den Fachkenntnissen, in der Berechnung und in der Durchführung, 4. Förderung des gewerblichen Gewerkschaftswesens unter Ermöglichung des Anschlusses vereinzelter Gewerbetreibenden, 5. Förderung der Gehaltsmäßigkeit von Gewerbetreibenden in eigenen Wohnhäusern.

Abg. v. Krosigk (Rechtspol.): Meine politischen Freunde werden die Vorlage einmütig annehmen. Alles, was möglich ist, muß geschehen, um einer Abregulierung des deutschen Volkes im Osten der Monarchie entgegenzukommen. Es sollte darauf geachtet werden, daß wir nur das beste Anstellungsmaterial bekommen. Nichtminderer aus Ausland gegenüber sollte man vorzüglich sein. Dem Antrage der Budgetkommission stimmen wir zu.

Abg. Dr. Zimmer (Ztr.): Der Standpunkt meiner politischen Freunde ist von dieser Stelle aus schon so oft erörtert worden, daß ich nicht darauf zurückkommen brauche. Ich kann nur noch einmal hervorheben, daß wir den jetzigen Antrag einmütig ablehnen werden. Wenn uns etwas darin befriedigen konnte, so waren es die in der Kommission vorgelegten Statistiken. Was das Anstellungsgesetz gewirkt hat, sieht man an der Stadt Vilsa. Dort gab es früher keinen politischen Schaden. Heute sind die deutschen Geschäfte fast ganz aus der Stadt verdrängt. Es ist zu erkennen, wie wir vorwärts geschlagen haben. Die politische Bevölkerung, die man vom Lande verdrängt, ging in die Städte. Man will den deutschen Handel in der Stadt fördern. Diejenige Gebanten könnte man ja betreiben. Aber, das was hier vorgefallen wird, müssen wir entgegennehmen, da es sich ja um ein Ausnahmengesetz handelt. Die ganze Politik bewegt sich in der Richtung. (Bestätigt Zustimmung im Zentrum und bei den Polen.) Im Reich wird eine Milliarde gefordert zum Schutze auch der Ostgrenze, hier werden Millionen gefordert, die an der Ostgrenze den Zinsfuß hängen und die Grenze schwächen. Wenn Sie die Polen mit den neuen Maßnahmen aus den Städten verdrängen, so werden sie in andere Provinzen ziehen und Sie werden ihnen dorthin mit Ihren Maßnahmen folgen müssen. Wie lange werden Sie das fortsetzen können? Von 245 katholischen Gemeinden sind nur mit 8 Anstellungsbeträgen geflohen worden. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich kann nur wiederholen, daß durch Verhandlungen mit den politischen Verbänden die Möglichkeit geschaffen wird, im laufenden Jahre noch mehr Katholiken anzuschließen. Die Polenpolitik können wir als keine einwandfreie bezeichnen. Sie ist eine ungerichte Politik, die meine politischen Freunde unter keinen Umständen unterstützen werden.

Abg. Glöckel (Nat.): Im Namen meiner politischen Freunde erkläre ich, daß wir dieser Vorlage zustimmen werden. Ich möchte dem Bundesausdruck bedauern, daß man mit dem Anlauf von Beschlüssen möglichst schnell vorgeht, da zurzeit eine günstige Verkaufslage für den Ostmarkt besteht und zu befürchten ist, daß diese jetzt bald wieder zurückgeht. Vielleicht wird auch der politische Großgrundbesitz aus diesem Grunde der Frage nachgeben, ob es nicht ratsam ist, diese günstigen Verkaufslagen auszunutzen. (Zuruf der Polen: Burchard nach!) Auch mir fallen öffentliche Zugänge für notwendig, da diese von nicht zu unterschätzendem Einfluß auf die Stimmung des ganzen Gütermarktes sein werden. Der Vorredner hat die ganze Anstellungspolitik der Regierung als eine Politik der Widerprüge bezeichnet. Diesen Vorwurf kann ich in keiner Weise anerkennen. Auch die Besetzung des Vorredners, daß zu wenig deutsche Katholiken in den Ostmarken angehebt werden, ist unbegründet. Die Hauptsache bleibt, daß die deutschen Bauern in geeigneter Weise angehebt werden. Von der Ausrottung der politischen Bevölkerung kann keine Rede sein. Wenn die Anstellungspolitik auch mit den Steuern der Polen betrieben wird, so ist darauf hinzuwirken, daß der Hauptzweck der Anstellungspolitik die Eingliederung des preussischen Staates ist. Dazu müssen auch die Polen beitragen. Nur in einem Punkte sind die Klagen der Polen über die Anstellungspolitik berechtigt und zwar bezüglich der Verlegung der bannpfeiligen Grenzlinie an Polen. Diese Mißstände werden auch von den Freunden der Anstellungspolitik bedauert. In die Anstellungskommission sollten mehr Anbieter aufgenommen werden. Dem Ansteller sollte in Notfällen auch gefastet werden, politische Arbeiter zu beschäftigen. Ich bin überzeugt, daß wenn erst die deutsche Bevölkerung in den beiden Provinzen allgemein überwiegt, wir auch allgemein befriedigende Verhältnisse haben werden. Der Deutsche neigt nicht zu nationaler Unterdrückung (Widerpruch bei den Polen). Wo Deutsche sind, können auch andere Nationen in Ruhe und Frieden nebeneinander leben. Das ist das Ziel unserer Ostmarkenpolitik. Das werden wir fortwährend auch erreichen. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (Rechtspol.): Es sind innerhalb und außerhalb des Hauses in letzter Zeit so unzählige Angriffe gegen die Regierung und die Mehrheit gerichtet worden, daß es an der Zeit erscheint, denselben einmal energig entgegenzutreten. Der Abg. Roskoff hat gesprochen von einer Politik, die Hoff, Erbitterung und Verdrossenheit hervorgerufen hätte. (Sehr wahr! bei den Polen.) Er hat von Feinden der politischen Bevölkerung gesprochen. (Sehr wahr! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Der Abg. v. Trampczinski hat gemeint, daß alle Moral durch unsere Polenpolitik über den Haufen geworfen würde. (Sehr wahr! bei den Polen.) Er hat von einem Schandspahle des preussischen Staates gesprochen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Diese Sprache ist gewiß sehr verletzend, aber sie ist maßvoll gegen das, was uns in den letzten Wahlen in der politischen Presse entgegengefludert worden ist. Es wird gesprochen von einer Schandenrede, von einer Unverschämtheit, die eigentlich zu jedem Verdrehen fähig sei. (Sehr wahr! bei den Polen.) Sie (zu den Polen) haben endlich die Unverschämtheit der Kulturwelt auf die Zuhörer, die in einigen Provinzen Schulen besetzen lassen, gelenkt. Ich stelle fest, daß alle

Preussische Landtag Abgeordnetenhhaus.

Sitzung vom 22. April 1913.

Am Regierungstische Minister der öffentlichen Arbeiten v. Treitendorff.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Erdwig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die zweite Beratung der Vorlage wegen Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen wurde fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über § 1 der Kommissionsabstufung, wonach die Regierung ermächtigt wird, zur Vorbereitung eines elektrischen Betriebes auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen unter vorläufiger Beschränkung auf die von den Stadt- und Ringbahnen befahrenen Strecken 25 Millionen zu verwenden.

Der Antrag des Reichstages, der nur Mittel für weitere Versuche bereitstellen und auch den Zweerband Groß-Berlin mit heranziehen will, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf wurde der ganze Gegenstand sofort in dritter Lesung angenommen.

Die Fortsetzung der zweiten und dritten Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend Änderung der rheinischen Zusammenlegungs- und Gemeinheitssteuergesetze wurde vorläufig zurückgestellt.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Wohnbauten zur Stärkung des Deutstums in den Provinzen.

Die zweite Beratung der Vorlage wegen Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen wurde fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über § 1 der Kommissionsabstufung, wonach die Regierung ermächtigt wird, zur Vorbereitung eines elektrischen Betriebes auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen unter vorläufiger Beschränkung auf die von den Stadt- und Ringbahnen befahrenen Strecken 25 Millionen zu verwenden.

Der Antrag des Reichstages, der nur Mittel für weitere Versuche bereitstellen und auch den Zweerband Groß-Berlin mit heranziehen will, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf wurde der ganze Gegenstand sofort in dritter Lesung angenommen.

Die Fortsetzung der zweiten und dritten Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend Änderung der rheinischen Zusammenlegungs- und Gemeinheitssteuergesetze wurde vorläufig zurückgestellt.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Wohnbauten zur Stärkung des Deutstums in den Provinzen.

